

Generalsekretär Peter Hintze:

## Im Wahljahr muß für den Wähler klar sein, worüber er zu entscheiden hat

Die Reform des Lohn- und Einkommensteuertarifs, die Zukunft der sozialen Sicherungssysteme, die Zukunft der beruflichen Bildung, das Frauen-Quorum und die Wahlen auf dem 8. Parteitag waren die Themen, mit denen sich der Bundesvorstand auf seiner Sitzung am 7. Oktober im Konrad-Adenauer-Haus zur Vorbereitung des Parteitags in Hannover befaßte. Generalsekretär Peter Hintze erläuterte im Anschluß an die Bundesvorstandssitzung vor der Presse die Tagesordnungspunkte im einzelnen:

Der Bundeskanzler hat zu Beginn der Sitzung einen Bericht über das Treffen in Dublin gegeben. Er äußerte sich optimistisch zum Stand des Europäischen Integrationsprozesses. Der Termin Juni 1997 für die Regierungskonferenz wird eingehalten. Am 13./14. Dezember dieses Jahres wird noch unter der irischen Präsidentschaft ein EU-Gipfel stattfinden, und schon bei diesem Gipfel erwarten wir Beschlüsse zur europäischen Verbrechensbekämpfung.

Bundesinnenminister Manfred Kanther erläuterte seinen Versorgungsbericht. Der Bundesvorstand hat das Konzept ausdrücklich gebilligt. Die CDU hält am bewährten Prinzip des Berufsbeamtentums fest. Zu-

### HEUTE AKTUELL

#### ● Öffentlicher Dienst

Manfred Kanther legt Entwurf des Berichts über die Altersversorgung im öffentlichen Dienst vor. Seite 6

#### ● SPD und Grüne

Allianz des Niedergangs in Nordrhein-Westfalen. Seite 10

#### ● Lehrstellen

Bundesweiter Ausgleich gelungen. Jetzt die regionalen Probleme gezielt anpacken. Seite 14

#### ● Senioren-Union

Ja zum Dialog zwischen den Generationen. 6. Bundesdelegiertenversammlung in Heidelberg. Seite 24

#### ● Dokumentation

Anträge des Bundesvorstands an den 8. Parteitag:

- ▶ Tarif 2000. Reform der Einkommensteuer
- ▶ Ausbildung für die Zukunft der Jugend. Grüner Teil

*Fortsetzung von Seite 1*

kunftssicherung, die hier notwendig ist, damit die Pensionslasten bezahlbar bleiben, wird im Rahmen dieses Systems erfolgen.

## **Zu den Wahlen auf dem 8. Parteitag:**

Alle bisherigen Mitglieder des Präsidiums kandidieren wieder. Bei den weiteren Mitgliedern des Präsidiums haben Frauen-Union und der Landesverband Thüringen Bundesfamilienministerin Claudia Nolte vorgeschlagen, so daß sich hier acht Kandidaten um sieben Positionen bewerben.

## **Zu den großen Anträgen:**

**Wir haben ausführlich über einen Leitantrag zum Thema „Berufliche Bildung“ gesprochen. Er wird als Leitantrag des Bundesvorstandes der Partei zugestellt.**

In den nächsten zehn Jahren wird die Nachfrage nach Lehrstellen kontinuierlich wachsen, und zwar von etwa 600.000 auf über 700.000. Allein diese Zahlen zeigen, wie wichtig es ist, die Weichen richtig zu stellen, damit auch in Zukunft jeder, der eine Lehrstelle sucht, eine Lehrstelle finden kann. Denn wer ohne Ausbildung bleibt, hat es auf dem Arbeitsmarkt schwer.

Wir wollen die Reform gemeinsam mit den Betrieben machen, nicht gegen die Betriebe. Wir sprechen uns deshalb in unserem Antrag gegen eine Ausbildungsplatzumlage aus, wie sie immer wieder von den Sozialdemokraten und von den Gewerkschaften gefordert wird.

Eine solche Umlage würde einen unverhältnismäßig großen bürokratischen Aufwand nach sich ziehen. Sie würde die Gefahr von Fehlsteuerungen mit sich bringen

und gerade in den neuen Ländern auf die Entwicklung einer neuen Beschäftigungsstruktur kontraproduktiv wirken. Sie wäre ungerecht und systemwidrig.

In dem Antrag fordern wir, daß berufliche und akademische Bildung in Tarifverträgen und im öffentlichen Dienstrecht gleichberechtigt behandelt werden. Wir appellieren deshalb an die Betriebe, insbesondere an die Großbetriebe, hier eine Trendumkehr einzuleiten.

Wir stellen fest, daß Großbetriebe in den Jahren 1990 bis 1994 ihr Lehrstellenangebot um 25 Prozent verringert haben.

Wir appellieren an die Kammern, ausbildungsbezogene Gebühren in die allgemeinen Gebühren aufzunehmen und sie nicht nur den Ausbildungsbetrieben aufzuladen. Wir sind der Meinung, daß die Gebührenlast, die mit der Ausbildung verbunden ist, von allen gemeinsam getragen werden muß.

Wir fordern in unserem Antrag eine Bevorzugung von ausbildenden Betrieben bei öffentlichen Vergaben, bei Subventionen und bei anderen Maßnahmen der Förderung.

Wir fordern eine bessere Organisation des Berufsschulunterrichts und wollen eine Überprüfung des zweiten Berufsschultags. Unser Ziel ist es, die Zeit der Anwesenheit im Betrieb um 30 Tage pro Jahr zu erhöhen. Im Augenblick verbringt der Auszubildende nur 25 Prozent seiner Zeit im Betrieb. Wir halten diesen Wert für zu niedrig.

Wir fordern in unserem Antrag außerdem, daß neue zweijährige Ausbildungsberufe für praktisch Begabte gefunden werden und für die Ausgestaltung dieser Berufe keine künstlichen Hürden errichtet werden. Es kann nicht sein, daß z.B. im Bereich der Gartenbauberufe ein junger Mensch, der alle gärtnerischen und landschaftspflegerischen Arbeiten beherrscht,

nur deswegen sein Zertifikat nicht erhält, weil er sich die lateinischen Pflanzennamen nicht merken kann.

Mit diesem Antrag wollen wir einen Beitrag zur Grundüberholung unseres gesamten Bildungssystems leisten. Wir glauben, daß die Wissensgesellschaft, wenn sie bestehen soll, auch entsprechende Voraussetzungen im Bildungssystem erfüllen muß, und dazu gehört in besonderer Weise die berufliche Bildung. Dazu gehört aber auch die schulische und die akademische Bildung.

Wir werden uns deswegen im kommenden Jahr mit der Frage der Weiterentwicklung der schulischen Bildung, mit der Hochschulstrukturreform und der Ausbildung an den Hochschulen insgesamt beschäftigen.

## **Weniger, einfacher, gerechter**

**Ein zweiter wichtiger Themenkomplex war die große Steuerreform. Sie ist das entscheidende Zukunftsprogramm, mit dem wir die wirtschaftlichen Kräfte beleben wollen. Wir wollen ein Steuersystem schaffen, das dem Motto folgt: weniger, einfacher, gerechter.**

Die Steuerlast soll sinken, das Steuersystem soll einfacher, durchschaubarer und gerechter werden.

Wir wollen eine große Steuerreform mit einer Nettoentlastung von 30 Milliarden Mark und sie durch eine deutliche Verbreiterung der Bemessungsgrundlage ermöglichen. Außerdem soll nach unserer Meinung das Potential aus zukünftigem Wachstum nicht in den Staatsverbrauch fließen. Der Bürger soll über sein Geld wieder stärker selbst verfügen können, womit wir, glaube ich, einen wichtigen Beitrag für die weitere wirtschaftliche Entwicklung leisten werden.

Der Bundesvorstand sieht in der Vorlage der von Wolfgang Schäuble geleiteten Kommission ein ausgezeichnetes Arbeitsergebnis. Sie ist mit zwei geringfügigen Modifikationen einstimmig beschlossen worden und wird auf dem 8. Parteitag zur Beschlußfassung vorliegen.

Die beiden Klarstellungen, die noch erfolgt sind, beziehen sich zum einen auf die bei Veräußerung entstehenden Wertveränderungen bei Grundvermögen und bei Aktien. Wir sprechen dabei nicht von realisierten Wertzuwächsen, sondern von realisierten Wertveränderungen.

Es ist klar: Wenn ein Wertzuwachs mit in die Bemessungsgrundlage hineingenommen wird, muß auch eine negative Wertveränderung steuerlich geltend gemacht werden können. Das war von der Kommission auch so vorgesehen, aber der Begriff „Zuwachs“ hat hier offensichtlich einen Irrtum nahegelegt, wie die Berichterstattung in einigen Medien zeigt. Es bleibt dabei: Zukünftig entstehende und bei der Veräußerung realisierte Wertveränderungen im Grundvermögen außer bei selbstgenutztem Wohneigentum und bei Wertpapieren sollen auch außerhalb des Betriebsvermögens steuerlich erfaßt werden.

Die zweite Klarstellung bezieht sich auf bisher in den Progressionsvorbehalt nach § 32 b des Einkommensteuergesetzes einbezogene Ersatzleistungen. In dem Antrag, den der Bundesvorstand heute einstimmig beschlossen hat, heißt es, daß eine grundlegende Neuordnung des Einkommenssteuerrechtes nahelegt, die bisher in den Progressionsvorbehalt einbezogenen Ersatzleistungen in die generelle Besteuerung einzubeziehen.

Da es eine Vielzahl von Ersatzleistungen gibt, die im § 32 b Einkommensteuergesetz aufgeführt sind, haben wir „offener“ formuliert, und der jetzige Text lautet: Eine grundlegende Neuordnung des Ein-

kommensteuerrechts legt nahe, bisher in den Progressionsvorbehalt einbezogene Ersatzleistungen in die generelle Besteuerung einzubeziehen.

Damit bleibt einer späteren Einzelberatung vorbehalten, ob die neue Regelung für wirklich alle in dem § 32 b aufgeführten Ersatzleistungen gelten soll oder nicht.

### Kongresse im nächsten Jahr

Schließlich haben wir beschlossen, zum Thema „Zukunft der sozialen Sicherungssysteme“ im März 1997 einen Kongreß durchzuführen. Mit klaren Beschlüssen

wollen wir wie beim Thema Lohn- und Einkommensteuern auch beim Thema Zukunft der Alterssicherung im Wahljahr 1998 den Wählerinnen und Wählern überzeugende Lösungen zur Entscheidung vorlegen.

Noch vor der Sommerpause 1997 wollen wir einen Kongreß zur inneren Einheit in Deutschland durchführen. Es erscheint uns angebracht, nach den Jahren des guten Fortschritts eine Zwischenbilanz zu ziehen. Wir lösen damit im übrigen auch unser auf dem Grundwertekongreß in Halle gegebenes Versprechen ein.

## Pressestimmen zur Steuerreform

### Deutliche Zeichen

*Was zunächst noch recht vage war, zeichnet sich nun schon sehr viel deutlicher ab. Die CDU hat Einzelheiten zur geplanten Reform der Einkommensteuer vorgelegt. Und sie war mutig dabei. Auch wenn noch nicht alles festgeklopft wurde im Entwurf der Steuerkommission, weiß ihr Vorsitzender Wolfgang Schäuble doch, daß er sich damit „eine Menge auf den Buckel geladen“ hat. Das wird keine Reform, bei der alle gewinnen und keiner verliert. Da wird gründlich aufgeräumt mit alten Gewohnheiten, hier ein bißchen abzusetzen und dort ein bißchen. Ausnahmen soll es künftig nur noch ausnahmsweise geben. Alle sollen weniger hart besteuert werden, dafür soll aber auch keiner ein besonderes Einkommen an der Steuer vorbei kassieren können. Für manchen wird das hart. Ob am Ende noch etwas von der Steuerentlastung für einen Arbeitnehmer spürbar sein wird, der einen weiten Weg mit dem Auto zur Arbeit zurücklegt und häufig nachts und feiertags arbeitet, ist fraglich. Er wird gleich dreifach getroffen: durch einen niedrigeren Arbeitnehmerfreibetrag, eine geringere Entfernungspauschale und die volle Besteuerung von Zuschlägen. Er*

*kann froh sein, wenn die Senkung des Steuertarifs Einbußen ausgleicht. Die Entlastung kommt vor allem denjenigen zugute, die zur Zeit keine Steuervergünstigungen genießen. Das betrifft aber nicht nur Arbeitnehmer, sondern auch Unternehmen. Ihre Verbandsvertreter klagen zwar immer über die hohe Steuerlast, jedoch gibt es viele Firmen, die das gar nicht trifft, weil sie sich im undurchdringlichen Dickicht des Steuerschungels ein paar bequeme Pfade geschlagen haben. Damit wird künftig Schluß sein.*

**Stuttgarter Zeitung**

### Vereinfachen und entlasten

*Die Union wird in den Auseinandersetzungen, die die kommenden Monate beherrschen werden, ihre politische Kraft unter Beweis stellen müssen. Dabei wird sie weniger Streit mit der parlamentarischen Opposition haben als vielmehr mit den vielen Interessengruppen im Lande, die sich angewöhnt haben, erst an sich selbst und dann noch lange nicht an die anderen zu denken. Knickt die Union in diesem Streit ein, dann kann sie die Steuerreform gleich wieder zu den Akten legen. Denn die Reform, das weiß der CDU-Generalsekretär Peter Hint-*

ze sehr gut, wird nur unter folgenden Bedingungen diesen Namen zu recht tragen: Sie muß zum einen das Steuerrecht so vereinfachen, daß der normale Bürger wieder in der Lage ist, seine Steuererklärung selbst auszufüllen. Zum anderen muß sie zu einer spürbaren Entlastung der mittleren Einkommen führen. Denn gerade für deren Bezieher lohnt sich Leistung schon lange nicht mehr. Und letztlich muß der Abbau von Steuervorteilen gerecht erfolgen. Faule Kompromisse bringen überhaupt nichts.

**Kölnische Rundschau**

**Politisch kühn**

Eine radikale Reform des Abgabensystems ist für 1999 geplant. Die CDU hat jetzt dafür ein Modell vorgelegt, dem auch der CSU-Vorsitzende und Finanzminister Theo Waigel zuneigt.

Auch wenn ihr Reformplan nicht alle Experten-Wünsche erfüllt – gemessen an der bisherigen Wurstelei ist es radikal und politisch kühn. Sein Grundgedanke: Die Steuersätze werden kräftig gesenkt, Vergünstigungen gestrichen, das Recht vereinfacht und die Steuerlast (leicht) gesenkt. Kern der Reform ist der neue Tarif. Der Eingangssteuersatz, derzeit 26 Prozent, soll auf unter 20 Prozent gesenkt werden, der Höchststeuersatz von rund 53 Prozent auf etwa 35 Prozent. Der Preis dafür ist der Abschied von vielen Vergünstigungen und Privilegien sowie Sparmaßnahmen des Staates.

Eine mutige Steuerreform skizziert ein neues Gesellschaftsmodell: Der Bürger soll sich aus der Bevormundung staatlicher Subsidien lösen und sein Schicksal eigenverantwortlich in die Hand nehmen. Sein Anreiz sollen Einkommenserzielung und Gewerbefleiß sein, nicht die trickreiche – und zeitraubende – Steuervermeidung und das Fahnden nach sozialem Lohn für Nichtarbeit.

Im internationalen Wettbewerb um Investi-

tionen folgte Deutschland mit einer Reform dem Trend seiner Nachbarn und Konkurrenten. Die meisten haben ihre Steuern beherzt gesenkt. Daß ein Mix aus Abgabensenkung, Sparen und sinkender Staatsquote Millionen von Arbeitsplätzen zu schaffen vermag, zeigte sich in den achtziger Jahren eindrucksvoll.

Vieles ist noch unausgegrenzt, das meiste auch politisch umstritten. Weil die wichtigen Steuergesetze nur durch eine faktische große Koalition geändert werden können, ist hier die SPD gefordert. Eine radikale Reform birgt bedeutende Wachstumseffekte und ist geeignet, den Paragraphen-Chungel etwas zu lichten.

**Welt am Sonntag**

**... es könnte ein Wurf werden**

Die Steuerreformer der CDU haben den Mut aufgebracht, sich nun doch relativ früh genauer zu ihren Plänen für die Einkommensteuer zu äußern. Das Konzept stimmt, es könnte ein Wurf werden. Die Steuersätze sollen deutlicher sinken, als nach den ersten zögerlichen Ankündigungen denkbar schien, Ausnahmen im Steuerrecht sollen dafür in großem Umfang gestrichen werden. Über die Einzelheiten wird zu reden sein, wenn sie vorliegen. Wie zu erwarten, ist der Protest der Betroffenen sofort losgebrochen. Die geplanten niedrigeren Steuersätze sind allen recht, Bereitschaft dazu, auf Steuervergünstigungen zu verzichten, ist dagegen kaum zu erkennen. Die Industrie pocht auf die geltenden Abschreibungsregeln, die Gewerkschaften auf die Begünstigung von Zuschlägen für Sonntags- und Nachtarbeit und des Arbeitslosengeldes. Überraschen muß, daß auch der FDP-Vorsitzende Gerhard einzelne Vorschläge des Koalitionspartners schon kritisiert. Anders als die CDU hat sich die FDP bisher darum gedrückt, ihre Vorstellungen über die Entrümpelung des Steuerrechts deutlich zu machen.

**Frankfurter Allgemeine**

Bundesinnenminister Manfred Kanther:

## Steigende Versorgungslasten können durch richtige Politik bewältigt werden

**Erstmals in der Geschichte des öffentlichen Dienstes in Deutschland besteht jetzt ein Vorausblick über die finanziellen Belastungen, die sich aus der Altersversorgung der Beamten und der Zusatzversorgung der Arbeiter und Angestellten im öffentlichen Dienst bis zum Jahre 2040 ergeben werden. Der Bundestag hatte der Bundesregierung diese Aufgabe für die Perspektive von 15 Jahren (1993–2008) gestellt.**

Bei der Datensammlung und Auswertung für diesen Betrachtungszeitraum hat Bundesinnenminister Kanther jedoch die Sicherheit gewonnen, daß der nachfolgende Zeitraum bis 2040 den wichtigeren Teil der Problematik enthält. Kanther hat deshalb der genauen Untersuchung der Verhältnisse bis 2008 einen Ausblick bis 2040 hinzugefügt. Der Entwurf des Versorgungsberichts zeichnet sich vor allem dadurch aus, daß er nicht lediglich ein „riesiges Zahlengrab“ darstellt, sondern der Bundesinnenminister in einer ergänzenden Bewertung Vorschläge macht, wie die steigenden Versorgungslasten in den kommenden Jahrzehnten bewältigt werden können.

Entscheidend für die Gesamtbetrachtung der Entwicklung ist, daß die Pensionen und die Zusatzversorgung der heute Beschäftigten, die schrittweise in den Ruhestand eintreten, in Verbindung mit der Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes

(BIP) gebracht werden; daraus ergibt sich die sogenannte „Versorgungsquote“. Die Verfasser des Berichts standen vor der Schwierigkeit, daß sie zwar die Zahl der betroffenen Bediensteten, deren voraussichtliche aktive Dienstzeit und Lebenserwartung einigermaßen zuverlässig einschätzen konnten, daß die Entwicklung von Gehältern und Löhnen sowie das Wachstum der Volkswirtschaft über Jahrzehnte hinweg aber nur nach Näherungswerten bestimmt werden konnte.

### Entwurf des Berichts über die Altersversorgung im öffentlichen Dienst vorgelegt

Im Ergebnis ist Bundesinnenminister Kanther der Auffassung, daß ein „zuverlässiges Entwicklungs-Bild“ entstanden ist, bei dem es nicht um Kommastellen über 40 Jahre, sondern um die Richtigkeit einer langfristigen Tendenz geht.

So ergibt der Blick auf die Versorgungslasten der Gebietskörperschaften von Bund, Ländern und Kommunen für den Zeitraum bis 2008 einen Anstieg der Versorgungsquote von 1,2 v. H. auf 1,32 v. H. (plus ca. zehn Prozent); die Entwicklung verstärkt sich danach bis zum Höhepunkt ca. 2022 auf 1,65 v. H. des BIP (plus ca. dreißig

Prozent). Danach geht die Versorgungsquote wieder zurück (2040: 1,24 v. H.). Die Zusatzversorgung für den Tarifbereich des öffentlichen Dienstes (Arbeiter und Angestellte) nimmt einen ähnlichen Verlauf und stellt etwa 20 Prozent der gesamten Ruhestandsbezüge dar.

Der wesentliche Grund für den Anstieg liegt neben der allgemeinen demographischen Entwicklung, die auch für das öffentliche Rentensystem gilt, in einem „Versorgungsberg“, der sich aus der Einstellungspolitik der Gebietskörperschaften in den 60er und 70er Jahren ergibt. Die damalige Gesellschaftspolitik mit der Erweiterung des öffentlichen Sektors und der Vermehrung der Zahl der Bediensteten zeichnet sich 30 bis 40 Jahre später in einer hohen Versorgungskurve ab. Damit müsse die Gesellschaft auch fertig werden, die im Bereich von Schule, Hochschule, Gesundheitswesen, Polizei, Justiz, Umweltschutz und sozialen Diensten in den Genuß dieser allseits geforderten Dienstleistungen gekommen sei.

Die Aufzählung der wesentlichen Wachstumsfelder des öffentlichen Dienstes zeige bereits, daß die Länder vom Anstieg der Versorgungskosten besonders betroffen seien, während sie beim Bund tendenziell zurückgingen und bei den Kommunen einigermaßen konstant blieben. Kanther: „Der Versorgungsberg ist vor allem ein Länderproblem“, weshalb der Bundesinnenminister auch besonderen Wert darauf legt, in Gemeinsamkeit mit den Ländern Maßnahmen zu ergreifen, die die Kostenentwicklung für die öffentlichen Kassen beherrschbar machen und die für die betroffenen Angehörigen des öffentlichen Dienstes zumutbar sind.

Kanthers Absicht ist es, die Debatte um die Reform des Dienst-, Besoldungs- und Versorgungsrechts so schnell wie möglich zu führen, um allen Bediensteten Sicherheit über ihre zukünftigen Arbeits- und Versorgungsbedingungen zu geben. Dazu

formuliert der Innenminister eine Reihe von grundsätzlichen Feststellungen für die zukünftige Politik:

- Korrekturmaßnahmen an der Kostenentwicklung im Versorgungsbereich müssen so früh wie möglich einsetzen, um langfristig wirken zu können; nur so läßt sich auch die Beteiligung der einzelnen Betroffenen erträglich begrenzen.

- Bei der Behandlung von Problemen des öffentlichen Dienstes ist dessen besondere Struktur im ganzen – und nicht jeweils ein Bruchstück – zu betrachten.

- Die Beamtenversorgung und Zusatzversorgung für den Tarifbereich des öffentlichen Dienstes müssen stets gemeinsam gesehen werden.

- Die weitere Verringerung des Personalbestandes im öffentlichen Dienst ist in ihrer Wirkung auf zukünftige Versorgungslasten mit keiner anderen Maßnahme vergleichbar.

- Eine maßvolle Lohn- und Gehaltsentwicklung über lange Zeit ist die Voraussetzung für die Beherrschbarkeit der Versorgungslasten als Folge von Veränderungen im aktiven Bereich.

- Nur wenn diese Grundbedingungen gewährleistet sind, können Einzelmaßnahmen nennenswerte weitere Ersparnisse herbeiführen.

Dementsprechend geht Kanther davon aus, daß sich die Lohn- und Gehaltsentwicklung im öffentlichen Dienst bis zum Jahre 2008 in der Modellrechnung stets unterhalb des allgemeinen Wirtschaftswachstums bewegen muß. Die Verringerung des Personalbestandes müsse mit einer Erhöhung der Arbeitspräsenz im öffentlichen Dienst einhergehen, um das Leistungsangebot für die Bürger zu erhalten. Hinzu treten sollen Einzelmaßnahmen mit einem Ersparniseffekt von geschätzt 6 Mrd. DM im Jahre 2008, mit deren Hilfe es gelingt, die Versorgungsquote auf dem heutigen Stand von ca. 1,2 Prozent zu hal-

ten. Der Bundesinnenminister hält Entscheidungen über folgende Einzelpunkte des Dienst- und Versorgungsrechts für unerlässlich, wobei es besonders darum geht, den heute mit knapp 59 Jahren zu frühen Beginn des Versorgungsfalles zeitlich zugunsten der aktiven Arbeitsphase herauszuschieben:

- Anhebung vorgezogener Altersgrenzen
- Verminderung der Frühpensionierung
- Verschärfte Prüfungsverfahren bei Dienstunfähigkeit
- Versorgungsabschläge bei vorzeitigem Ruhestand
- Einschränkung der Anrechnung von Ausbildungszeiten
- Verschärfte Grenzen für Hinzuverdienst von Pensionären
- Längere Wartezeit für Versorgung aus Beförderungssämtern
- Überprüfung und Verminderung des gesamten Zulagenwesens (einschließlich Ministerialzulage) und der Ruhegehaltfähigkeit
- Überprüfung der Versorgung politischer Beamter
- Wegfall der Anpassungszuschläge für Pensionäre
- Weiteres Einfrieren des 13. Monatsgehaltes
- Entsprechende Sparmaßnahmen bei der Zusatzversorgung.

Kernpunkt des Vorschlags des Bundesinnenministers für die Zeit nach 2008 ist die „Untertunnelung des Versorgungsbergs“ mit seinem Gipfel um ca. 2022 durch einen Eigenbetrag der Beamten und Versorgungsempfänger, der in eine gesetzliche Versorgungsrücklage fließt, die während der Zeit der größten Versorgungsbelastung wieder abgeschmolzen werden soll. Das vorgestellte Modell geht für die „Ansparzeit“ von 2001 bis 2015 von einem Versorgungsbeitrag der Beamten von 0,2 Pro-

zent aus, um welchen die jährliche Gehalts- und Pensionsanpassung jeweils hinter der Entwicklung der Tarifsteigerungen für die Arbeiter und Angestellten im öffentlichen Dienst zurückbleiben soll.

Aus diesem langfristigen Ansparvorgang einschließlich der Verzinsung der Beträge häuft sich ein hohes Kapital an, das ab 2015 für die Versorgung und kostenmindernd für die öffentlichen Haushalte eingesetzt werden kann. Nach Kanthers Meinung wird es auf diese Weise gelingen, die ungebremste Entwicklung der Versorgungsquote statt auf 1,65 Prozent bei 1,4 Prozent auch während der Zeit des „Versorgungsberges“ festzuhalten.

Ein solcher „Versorgungsbeitrag“ sei zwar dem Beamtenrecht bislang fremd, stelle aber bei entsprechend langfristiger Vorsorge für die Zeit einer einmaligen Überbeanspruchung der öffentlichen Kassen eine zumutbare Belastung dar. Für den Bereich der Zusatzversorgung der Arbeiter und Angestellten müsse ein entsprechendes Modell in Tarifgesprächen mit den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes gefunden werden.

Entscheidend sei, daß die gesetzliche „Versorgungs-Rücklage“ ausschließlich aus den Beiträgen der Betroffenen – und nicht aus neuer Staatsverschuldung – gespeist werde und deshalb auch ausschließlich für deren Altersversorgung zur Verfügung stehe. In der Finanzierung der Altersversorgung durch Einkommensverzicht der Betroffenen liege der wesentliche Unterschied zu den von einigen Ländern verfolgten Fonds-Modellen, die sich aus Haushaltsmitteln speisten.

Kanther ist sich darüber im klaren, daß seine Vorschläge eine „gewaltige Beratungsrunde“ eröffnen werden. Aber die langfristige Sicherstellung der Altersversorgung im öffentlichen Dienst als größter Branche der Volkswirtschaft sei auch ein „gewaltiges Werk“.



## Wegweisender Schritt in die richtige Richtung

**Die Koalitionsfraktionen von CDU/CSU und FDP haben durch ihre innenpolitischen Sprecher Erwin Marschewski und Max Stadler den Entwurf des Versorgungsberichts, den Bundesinnenminister Kanther am 4. Oktober vorgelegt hat, als „wegweisenden Schritt in die richtige Richtung“ begrüßt.**

Der Bericht zeige, daß wegen der zunehmenden finanziellen Lasten der Altersversorgung im öffentlichen Dienst unverzüglich Handlungsbedarf bestehe. Dazu gehöre insbesondere die Überprüfung

- der Zulagen und deren Ruhegehaltfähigkeit
- der Versorgung der politischen Beamten, insbesondere der Staatssekretäre, bei Versetzung in den einstweiligen Ruhestand
- der Anrechnung von Erwerbseinkommen auf Versorgungsbezüge
- der Anrechnung von Ausbildungszeiten beim Ruhegehalt
- der Staatsaufgaben mit dem Ziel einer weiteren Zurückführung der Staatstätigkeit und – damit einhergehend – eines aufgabenkonformen Personalabbaus.

Marschewski und Stadler begrüßten es, daß Innenminister Kanther sich nicht auf die vom Parlament geforderte 15-Jahres-Prognose bis 2008 beschränkt habe; denn bis dahin sei die Kostenentwicklung noch verhalten. Der Innenminister habe richtigerweise den Blick auch auf die Folgezeit bis 2040 gerichtet, wo in den Jahren zwi-

schen 2020 und 2025 die Spitze der finanziellen Belastung ins Haus stehe.

Dabei sei der Vorschlag beachtlich, die Spitzenbelastung um 2025 mit einem langfristigen „Anspar-Kapital“ zu verringern. Dies bedeute, daß Pensionen nicht aus neuen Staatsschulden, sondern ausschließlich aus Beiträgen der betroffenen öffentlichen Bediensteten finanziert werden könnten.

---

### Arbeiten zügig beenden

---

Marschewski und Stadler kündigten an, die Innenpolitiker der Koalition würden nunmehr unverzüglich in die Diskussion des Berichtsentwurfs einsteigen. Es sei das Ziel der Koalition, in dieser Legislaturperiode die notwendigen Arbeiten am öffentlichen Dienstrecht im Ganzen abzuschließen. Nur so erhielten die Angehörigen des öffentlichen Dienstes jene Zukunftssicherheit für ihre Beschäftigungs- und Versorgungsbedingungen, die erforderlich sei, um die notwendige Qualifikation des öffentlichen Dienstes und seine Wettbewerbsfähigkeit mit dem privaten Sektor der Volkswirtschaft zu erhalten.

Marschewski und Stadler: Der Versorgungsbericht zeige, daß alle Probleme des öffentlichen Dienstes in dem bewährten System des gegenwärtigen Dienstrechts gelöst werden könnten. Sie würden mit dem Versorgungsbericht angepackt; das Dienstrechtsreformgesetz habe der Deutsche Bundestag bereits beschlossen. Hier sei nur noch die dringende Zustimmung des Bundesrates erforderlich. ■

## Rot-Grün in Nordrhein-Westfalen:

# Allianz des Niedergangs

**Seit etwas über einem Jahr ist die rot-grüne Landesregierung in Nordrhein-Westfalen im Amt. Die Zahlen sprechen für sich:**

Im August 1996 verzeichnete NRW eine Arbeitslosenquote von 10,4 Prozent. In den letzten vier Jahren verlor NRW 460.000 industrielle Arbeitsplätze. Das Land ist mit 130 Mrd. DM verschuldet, für 1997 wird eine Verschuldung von 142 Mrd. DM erwartet. Jede Minute zahlt NRW 16.000 DM an Schuldzinsen. In dieser prekären, den Standort NRW massiv bedrohenden Situation heißt das Programm von Rot-Grün „Streiten statt Regieren“.

Garzweiler II, der Ausbau des Flughafens Dortmund, das Nachtflugverbot für den Flughafen Köln/Bonn, der Diskriminierungsverbotsparagraf im Polizeigesetz, PVC-Verbot, Straßenbau und Öko-Abgaben waren und sind die Dauerthemen der Koalitionsstreitereien. Mit Garzweiler II steht Rot-Grün die Beantwortung der Gretchenfrage noch ins Haus.

Als Modell für eine rot-grüne Koalition in Bonn propagiert, stellte sich schnell Ernüchterung ein:

● „Ich habe nie von einem Modell für Bonn gesprochen. Nordrhein-Westfalen ist zu groß für einen Feldversuch...“ (Ministerpräsident Johannes Rau im Länderpiegel, 2. 3. 96)

● „Wir sind kein Modell, sondern eine Koalition auf Zeit.“ (Klaus Matthiesen, SPD-Landtagsfraktionsvorsitzender, Die Woche, 4. 10. 96)

● „Man kann nicht gleichzeitig sagen, wir wollen unser Land voranbringen und die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Nordrhein-Westfalen erhöhen und gleichzeitig Flugplätze dichtmachen und den Straßenbau stoppen. Das ist nicht vereinbar. Und deswegen kann ich nur sagen: Die rot-grüne Koalition in Düsseldorf war im Grunde von Anfang an zum Scheitern verurteilt.“ (Friedhelm Farthmann, Blick voraus im Zorn, Düsseldorf 1996, S. 156)

● „Überall, wo ich hinkomme, waren Sie schon und haben Unsinn geredet.“ (SPD-Wirtschaftsminister Wolfgang Clement zur grünen Umweltministerin Bärbel Höhn, Spiegel, 15. 7. 96)

● Dem Ministerpräsidenten Johannes Rau empfiehlt der Express schon am 6. 3. 96: „Als Chef einer rot-grünen Chaos-Truppe . . . , die dabei ist, . . . die wirtschaftliche Zukunft des Landes zu verspielen, müßten Sie sich eigentlich zu schade sein.“

Als „Interpretationsdiskussion“ von Wolfgang Clement verharmlost, findet zwischen Rot und Grün ein offener Machtkampf statt. Notwendige Entscheidungen in den Bereichen Energie und Verkehr bleiben dabei auf der Strecke. Dem Ministerpräsidenten fällt in dieser Situation nur eine Empfehlung an die eigene Partei ein, den Grünen Profilierungsmöglichkeiten innerhalb der Regierung einzuräumen. Dabei wären Führungsqualitäten gefragt – auch in der SPD. Nicht nur, daß die Nachfolgediskussion um Johannes Rau heftig im Gange ist, die SPD wird wieder einmal mit dem roten Filzteppich konfrontiert, den sie über NRW ausgebreitet hat.

Ermittlungen der Steuerfahndung bei der Westdeutschen Landesbank (WestLB) bringen die nordrhein-westfälische SPD in Bedrängnis. An der Spitze der WestLB steht mit Friedel Neuber ein Sozialdemokrat, der „maßgeblich von NRW-Ministerpräsident Johannes Rau gefördert wurde“ (Die Woche, 4. 10. 96). Mit Finanzminister Heinz Schleußer stellt die SPD den obersten Chef der Steuerfahndung und stellvertretenden Verwaltungsratsvorsitzenden der WestLB in einer Person. Wolfgang Clement ist zuständig für die Bankenaufsicht. „Die Landesbank ist für die Genossen ein wichtiges Machtzentrum mit einer undurchsichtigen Gemengelage zwischen Politik und Wirtschaft. Der Aufstieg der WestLB . . . zum drittgrößten bundesdeutschen Geldinstitut . . . ist ohne die SPD nicht denkbar, die sozialdemokratische

Vorherrschaft an Rhein und Ruhr nicht ohne WestLB.“ (Die Woche, 4. 10. 96)

Die WestLB als Auffangbecken ausgedienter Sozialdemokraten: Dies ist ebenso bezeichnend für die institutionalisierte Selbstversorgermentalität der SPD wie der Fall von Manfred Bruckschen. Der einst als Held von Rheinhausen gefeierte SPD-Abgeordnete wandelte sich zum hemmunglosen Absahner. Legal, aber ohne moralische Bedenken steckte er neben seinen Diäten von knapp 12.000 DM noch kurzerhand ein Arbeitslosengeld von 3.000 DM ein.

**Fazit:** SPD und Grüne streiten in einer Allianz des Niedergangs um die Vorherrschaft von rotem Filz oder grüner Öko-Diktatur. Unabhängig vom Sieger dieser Auseinandersetzung heißt der Verlierer Nordrhein-Westfalen.

## Landtagsfraktionen der CDU und CSU gegen Wahlrecht ab 16

**Die Geschäftsführer der 16 Landtagsfraktionen von CDU und CSU haben sich für eine Einschränkung des Bildungsurlaubs sowie gegen eine Senkung des Wahlalters von 18 auf 16 Jahre ausgesprochen.**

„Die Erfahrungen bei der Kommunalwahl in Niedersachsen sind eindeutig negativ“, hieß es nach einer Tagung der Fraktionssprecher am 5. Oktober in Eltville/Rheingau. Der Parlamentarische Geschäftsführer der hessischen CDU-Landtagsfraktion, Franz Josef Jung, und der Geschäftsführer der CSU-Fraktion im bayerischen Landtag, Peter Maicher, verwiesen auf die niedrige Wahlbeteiligung der 16- und 17-jährigen bei der jüngsten Kommunalwahl in Niedersachsen: „In allen

Umfragen hat sich überdies sogar die Mehrheit der Jugendlichen gegen eine Senkung ausgesprochen – die jungen Leute sind offenbar vernünftiger als SPD und Grüne.“

Bildungsurlaub soll nach dem Willen der Fraktionsgeschäftsführer künftig nur noch gewährt werden, wenn er der beruflichen Weiterbildung oder der politischen Bildung mit den Schwerpunkten Demokratie, Verfassung und Rechtsstaat dient.

„Angesichts einer Kostenbelastung für die Wirtschaft von derzeit 500 Millionen Mark muß in wirtschaftlich schwieriger Zeit auf die Bremse getreten werden, verkappten Urlaub darf es nicht mehr geben“, sagten Jung und Maicher.

# Kreislaufwirtschaftsgesetz tritt in Kraft

**Das Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz sowie das dazugehörige untergesetzliche Regelwerk mit einer Reihe neuer Verordnungen sind am 7. Oktober in Kraft getreten. Hierzu erklärte Bundesumweltministerin Angela Merkel:**

„Ab heute wird ein neues Abfallrecht gelten, das stärker als bisher die Vermeidung von Abfällen und die umweltverträgliche Verwertung von Abfällen einfordert. Mit dem Kreislaufwirtschaftsgesetz haben wir die Weichen für den Einstieg Deutschlands in die Kreislaufwirtschaft gestellt. Wir leisten so einen wichtigen Beitrag zur nachhaltigen umweltverträglichen Entwicklung des Standortes Deutschland.“

Das Ziel des bereits 1994 vom Bundestag verabschiedeten Gesetzes ist die langfristige Umorientierung von der „Wegwerfgesellschaft“ in eine Kreislaufwirtschaft. Die in der Produktion unbeabsichtigt anfallenden Stoffe und die nach Gebrauch von Gütern anfallenden Abfälle sollen nicht einfach beseitigt werden, sondern soweit wie möglich wieder in die Produktion als Einsatzstoffe eingebracht werden. Hierdurch können nicht nur nachhaltig Abfälle vermieden und wertvolle Deponiekapazitäten länger genutzt, sondern vor allem auch die beschränkten Rohstoffvorkommen länger geschont werden. Bundesumweltministerin Merkel erwartet, daß die Kreislaufwirtschaft zu einer effizienteren, rohstoffschonenden und daher weniger umweltbelastenden Produktionsweise und damit zu einer durchgreifenden Modernisierung der Industrie in der Bundesrepublik führen wird. Die Kreislaufwirtschaft bilde einen wesentlichen Baustein für die nachhaltige umweltverträgliche Entwicklung des Standortes Deutschland.

Bundesumweltministerin Angela Merkel: „Die Zahlen der Entsorgungswirtschaft belegen eindrucksvoll, daß sich die Einführung der Kreislaufwirtschaft auch für die Industrie lohnt. Die Branche hat letztes Jahr 80 Milliarden DM Umsatz erwirtschaftet und damit auch Verwertungstechnologien einen großen Nachfragemarkt eröffnet. Und man sollte auch nicht verschweigen, daß die Entsorgungsbranche gegenwärtig 240.000 Arbeitsplätze geschaffen hat. Aber nicht nur die Entsorgungsbranche profitiert von der Abfall-

## Bundesumweltministerin Angela Merkel: Neues Abfallrecht ein Beitrag für eine nachhaltige Umweltpolitik

wirtschaft. Mit intelligenter Vermeidungs- und Verwertungstechnologie werden wir zukünftig auch kostengünstiger produzieren können.“

Zu den wesentlichen Inhalten des Kreislaufwirtschaftsgesetzes erklärte Bundesumweltministerin Angela Merkel: „Mit dem Kreislaufwirtschaftsgesetz nehmen wir die eigentlichen Verursacher des Abfalls, die Abfallerzeuger, in die Pflicht. Wer Güter produziert, vermarktet und konsumiert, soll in Zukunft grundsätzlich selbst für die Vermeidung, Verwertung und umweltverträgliche Beseitigung der dabei anfallenden Abfälle verantwortlich sein. Die Rollenverteilung des alten Abfallgesetzes, nach der die Wirtschaft produziert und die Kommunen auf Kosten der Allgemeinheit die dabei entstehenden Abfälle zu entsorgen hatten, wird abgelöst. Das Kreislaufwirtschaftsgesetz baut an-

ders als das alte Abfallgesetz auf dem weiten EG-Abfallbegriff auf und setzt so die Vorgaben des EG-Rechts um. Abfälle sind in Zukunft nicht mehr die lediglich zu beseitigenden Abfälle, sondern auch ‚Abfälle zur Verwertung‘. Das Gesetz schafft damit die Grundlage, die Verwertung von sogenannten ‚Reststoffen, Wertstoffen und Wirtschaftsgütern‘, die in der Vergangenheit dem Abfallregime entzogen waren und dadurch leider für Umweltskandale gesorgt haben, anhand strenger Umweltanforderungen zu überwachen.

● Das Kreislaufwirtschaftsgesetz setzt auf die Vermeidung von Abfällen und fordert bereits von den Produzenten die Produktverantwortung ein. Das Gesetz zielt auf die Produktion von möglichst abfallarmen, d. h. langlebigen, mehrfach verwendbaren, reparaturfreundlichen oder jedenfalls verwertungsfreundlichen Produkten ab. So ist es bereits mit der Verpackungsverordnung gelungen, das Gesamtaufkommen der Verpackungsabfälle in den Jahren von 1991 bis 1995 um mehr als 1,3 Millionen Tonnen zu reduzieren.

● Ein weiterer Baustein der Abfallvermeidung ist die Verpflichtung der Industrie, bereits im Produktionsverfahren die Erzeugung von Abfällen durch verfahrenstechnische Maßnahmen wie etwa die Kreislaufführung und Rückgewinnung

von Einsatzstoffen (z. B. Ölen und Betriebs- und Lösemitteln) möglichst zu verringern.

● Natürlich können nicht alle Abfälle vermieden werden. In diesem Falle fordert das Kreislaufwirtschaftsgesetz die umweltverträgliche Verwertung von Abfällen, um die wertvollen Ressourcen soweit wie möglich zu nutzen. Hierzu zählt nach dem Kreislaufwirtschaftsgesetz nicht nur das Recycling von Stoffen, sondern auch die hochwertige energetische Verwertung. Strenge Umweltstandards des Gesetzes fordern, daß die Verwertung ordnungsgemäß und schadlos erfolgen muß. Die Verwertung ist nur dann geboten, wenn es technisch möglich und wirtschaftlich zumutbar ist, die hohen Verwertungsanforderungen zu erfüllen. Erst wenn eine Verwertung von Abfällen nicht mehr möglich ist, dürfen Abfälle umweltverträglich beseitigt, d. h. verbrannt oder deponiert werden. Die strengen Anforderungen des Immissionschutzrechts und der TA Siedlungsabfall gewährleisten, daß Abfälle umweltverträglich vorbehandelt, ihr Volumen verringert, Energie genutzt und verbleibende Reste dauerhaft sicher abgelagert werden.

● Eine moderne Kreislaufwirtschaft kann nur funktionieren, wenn die Erzeuger des Abfallaufkommens auch die Verantwortung und Kosten für die Verwertung und Beseitigung ihrer Abfälle tragen.

## **Euro in französischer Supermarktkette schon heute Zahlungsmittel**

Fünf Jahre vor der geplanten Einführung der neuen europäischen Einheitswährung können die Franzosen demnächst in den 509 Supermärkten der Leclerc-Kette mit Euro bezahlen. In Clichy sur Seine (bei Paris) fiel am 7. Oktober der Startschuß für eine Werbeaktion unter der Schirmherr-

schaft der Europäischen Union, für die 1,5 Millionen Münzen im Wert von 1,5 Euro (2,84 DM) ausgegeben werden sollen. Sinn der bis zum 26. Oktober dauernden Aktion ist es, die Verbraucher an die neue Währung zu gewöhnen. Dazu werden 200 Produkte in Franc und Euro ausgezeichnet.

# Bundesweiter Ausgleich gelungen – Jetzt regionale Probleme gezielt anpacken

**Zur Lehrstellenstatistik der Bundesanstalt für Arbeit zum Stichtag 30. September erklärte der Bundesminister für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie, Jürgen Rüttgers:**

Die Lehrstellen-Bilanz in Deutschland ist auch in diesem Jahr ausgeglichen. Es ist gelungen, das noch Ende August bestehende Defizit von 20.000 Plätzen aufzuholen. Dafür danke ich allen in Wirtschaft, Verbänden und Arbeitsverwaltung, die dazu beigetragen haben. Auch der Bund hat 6 Prozent zusätzliche Lehrstellen geschaffen. Wir haben einen rechnerischen Ausgleich erzielt, aber am Ziel sind wir noch nicht.

Am 30. September gab es nach Angaben der Bundesanstalt für Arbeit noch rund 43.500 freie Lehrstellen.: Die Lehrstellenstatistik der Bundesanstalt verzeichnet noch knapp 35.000 freie betriebliche Ausbildungsplätze; hinzu kommen 8.500 noch nicht besetzte Plätze aus dem „Zukunftsbündnis Lehrstellen“ in den neuen Bundesländern. 38.500 Jugendliche waren zu diesem Zeitpunkt noch auf der Suche nach einem Ausbildungsplatz.

Trotz eines bundesweit ausgeglichenen Gesamtbildes gibt es regionale und berufsstrukturelle Ungleichgewichte. Vor allem im Ruhrgebiet und im Osten Deutschlands gibt es noch erhebliche Lehrstellen-Defizite. Wir brauchen nunmehr vor allem in Defizit-Regionen noch deutlich mehr betriebliche Ausbildungsplatzangebote. Darauf müssen alle Anstrengungen der nächsten Wochen gerichtet sein.

Mit den neuen Ländern wurde frühzeitig das „Zukunftsbündnis Lehrstellen“ vereinbart. Trotzdem sind nach der Lehrstellenstatistik der Bundesanstalt für Arbeit von den 14.300 Plätzen erst gut 5.800 besetzt.

8.500 Jugendliche haben nur deshalb noch keinen Ausbildungsplatz, weil es den Ländern, mit Ausnahme von Berlin und Thüringen, bis heute nicht gelungen ist, das Sonderprogramm vollständig umzusetzen. Diese freien Plätze müssen jetzt umgehend besetzt werden.

Die Zahlen belegen deutlich: Das betriebliche Ausbildungsstellen-Angebot in den neuen Ländern ist in diesem Jahr bisher nicht gewachsen. Das widerspricht den Absprachen mit der Wirtschaft. Hilfen zum „Aufbau Ost“ müssen auch ihren Niederschlag im Ausbau der Lehrstellen-Angebote finden. Im vergangenen Jahr hatte die Wirtschaft in den neuen Ländern über 10.000 mehr Ausbildungsplätze angeboten.

In den alten Ländern gibt es über alle Regionen hinweg auch in diesem Jahr mehr freie Lehrstellen als unvermittelte Bewerber. Nach der Lehrstellenstatistik der Bundesanstalt für Arbeit standen knapp 34.000 noch freien Ausbildungsplätzen knapp 25.000 noch nicht vermittelte Lehrstellensuchende gegenüber. Unsinnig sind Zahlenspielerien mit den „gemeldeten Stellen“. Sie spiegeln kein realistisches Bild der Situation wider, weil fast die Hälfte aller Lehrstellen nicht über die Arbeitsämter vermittelt wird. Welche Zuwächse in den alten Ländern tatsächlich erreicht wurden, läßt sich erst Anfang Dezember feststellen, wenn die bei den Kammern eingetragenen Ausbildungsverträge gezählt sind. Der 30. September als statistischer Zähltag bedeutet nicht das Ende der Vermittlungsaktivitäten. Deshalb erinnere ich die Wirtschaft an ihr Wort, genügend Lehrstellen bereitzustellen. Es gibt diese letzte Frist bis zum Jahresende. Sie muß genutzt werden. ■

# Politik für eine lebendige Innenstadt

**Der Vorsitzende des Bundesfachausschusses Strukturpolitik, Karl-Heinz Daehre MdL, und dessen stellvertretender Vorsitzender, Werner Dörflinger MdB, erklärten zu dem vielfältig verflochtenen Lebensraum, den Städte und Umland in Deutschland bilden:**

Die CDU will eine sinnvolle Verknüpfung von ländlichen und städtischen Regionen, und ihre jeweils spezifische Förderung, keine einseitige Bevorzugung oder Benachteiligung einer Region. Es ist Aufgabe der Politik, sowohl Ballungsräume und Innenstädte als auch ländliche Regionen und Dörfer mit ihrem jeweiligen Charakter als lebenswerte Heimat zu gestalten. Dabei helfen die neuen Medien, das Dienstleistungsangebot und die Vorteile des städtischen Lebens auch den Menschen im ländlichen Raum zu erschließen.

In Deutschland lebt mehr als die Hälfte der Bevölkerung auf weniger als 10 Prozent der Fläche. Deutsche Städte sind seit jeher mehr als nur Arbeitsstätte für viele Menschen. Sie zeichnen sich vor allem durch hohe Freizeit- und Nutzungsvielfalt aus. Dennoch laufen unsere Städte derzeit Gefahr, an Bedeutung als Lebenszentren zu verlieren. Ursachen sind

- die strikte Entmischung von Wohnen, Arbeiten und Freizeit;
- die Entstehung von großflächigen Einzelhandelsunternehmen und Fachmärkten in Vororten und auf der grünen Wiese, die den Geschäftsstandort Innenstadt bedrohen;
- die Entstehung sozialer Randgruppen und neuer Formen der Kriminalität in den Innen- und Satellitenstädten;
- eine einseitig ausgerichtete Verkehrspolitik, die zu dem Ergebnis geführt hat, Be-

sucher aus den Citybereichen fernzuhalten, bzw. den Zugang zu ihnen zu erschweren.

In der Revitalisierung der Innenstädte, insbesondere auch in den neuen Bundesländern, sehen wir einen Schwerpunkt der Strukturpolitik der Zukunft: Gemeinsam müssen Politik, Verwaltung, Handel und Dienstleister, Grundstückseigentümer und Bewohner in den Städten ein effektives Citymanagement für urbane Kommunikation entwickeln.

## 1. Wohnen, Kultur und Freizeit in der Innenstadt

Über viele Jahrzehnte wurde die Planung für Innenstädte einseitig auf Handel und Büroflächen ausgerichtet, auf die strikte Trennung der Funktionen Arbeiten, Wohnen und Freizeit. Deshalb sind viele Städte heute zwar ein attraktiver Geschäfts- und Bürostandort, wenige verfügen aber über attraktive Wohngebiete, die ein unverzichtbares Element städtischen Lebens darstellen. Innerstädtisches Wohnen ist für viele Menschen zu teuer geworden. Deshalb sollten künftig für die Instandsetzung, Modernisierung und Restaurierung erhaltenswerter Bausubstanz in den Stadtzentren verstärkt Mittel aus den Programmen der Städtebauförderung, der Wohnungsmodernisierung und des Denkmalschutzes eingesetzt werden. Wir setzen uns dafür ein, daß die Mittel der Städtebauförderung in den alten Ländern aufgestockt und in den neuen Bundesländern verstetigt werden. Sie sollen stärker und bedarfsgerechter zur Revitalisierung der Innenstädte eingesetzt werden. Hierbei denken wir vor allem auch an die Notwendigkeit des kosten- und flächensparenden Bauens sowie die Möglichkeit des genera-

tionsgerechten Bauens. Letzteres hat besondere Bedeutung für die erwünschte sozialstrukturelle Durchmischung, die wiederum einen Beitrag zur Belebung der Innenstädte leistet.

Darüber hinaus sollten die Fördermittel des sozialen Wohnungsbaus, der im übrigen einkommensabhängiger gestaltet werden muß, verstärkt in die Innenstädte fließen. Die Bildung privaten Wohneigentums – sowohl durch Neubau als auch durch Kauf einer Gebrauchtimmobilie –, auch und gerade für Familien mit Kindern, in den Innenstädten ist zu unterstützen – im Sinne einer stärker differenzierten sozialstrukturellen Durchmischung sowohl der Innenstädte als auch der Vororte. Älteren Menschen muß es ermöglicht werden, in den Citybereichen zu leben. Der Bau von Seniorenwohnungen oder von „betreutem Wohnen“ und die Schaffung einer entsprechenden Infrastruktur sind geeignete Maßnahmen zur Unterstützung dieses Anliegens.

Zu prüfen ist, ob die heute oftmals brachliegenden ehemaligen Post-, Bahn- und gegebenenfalls Militärf Flächen, die aufgrund ihrer Größe eine Störung der Stadtstrukturen darstellen, städtebaulich reintegriert werden können.

Wird die Innenstadt als Wohnstandort wieder attraktiv, erfolgt auch eine Belebung des Freizeit- und Kulturangebots.

## 2. Geschäftsstandort Innenstadt

Der Strukturwandel im Einzelhandel, hervorgerufen durch verändertes Kaufverhalten sowie falsch verstandene Raumplanung, hat in den vergangenen Jahren zur Bildung von städtebaulich nicht integrierten Einzelhandelsbetrieben geführt. Diese „Märkte auf der grünen Wiese“ haben einen relativen Bedeutungsverlust der Innenstädte zur Folge, verbunden mit wachsender Zersiedlung, erhöhtem Flächenverbrauch und einem wesentlich höheren um-

weltbelastenden Verkehrsaufkommen. Die Gemeinden und Städte können allerdings die Ansiedlung von großflächigen Einzelhandelsbetrieben so steuern, daß die Innenstädte nicht geschwächt werden. Dazu gibt das Städtebaurecht ausreichende Möglichkeiten. Durch die Novellierung des Baurechts und Raumordnungsrechtes sollten die „großflächigen Einzelhandels-einrichtungen“ einer besonderen „Raumverträglichkeitsprüfung“ unterzogen werden.

Mit der Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten kann darüber hinaus ein wichtiger Beitrag für urbanes Leben geleistet werden. Sie bietet den Städten eine gute Gelegenheit, sich verbraucherfreundlich darzustellen, da sie naturgemäß über ein vielfältiges Einzelhandelsangebot mit Ergänzung durch Gastronomie und Kultur verfügen.

## 3. Sichere Innenstadt

Eine sozialstrukturell durchmischte, Wohnen und Arbeiten ermöglichende und insgesamt lebenswerte Innenstadt braucht innere Sicherheit. Diese Sicherheit kann und muß verstärkt werden durch gebietsbezogene sicherheitspolitische Maßnahmen beispielsweise in Form von Polizeipräsenz. Dazu gehören auch Maßnahmen wie die direkte und gerade Führung von Fußwegen, nutzerfreundliche Gestaltung von Tunnels, gute Beleuchtung sowie gute Sichtbarkeit und Notrufmelder in besonders gefährdeten Zonen. Darüber hinausgehend können auch die Belebung von Nachbarschaftskontakten oder die Schaffung sozialer Infrastrukturen wie beispielsweise Kindergärten, Jugendzentren und Gemeinschaftshäuser helfen, die Anonymität der Innenstädte aufzulösen und das Gefühl der Unsicherheit zu beseitigen. Sie tragen damit gleichzeitig zur Identifikation der Bürger mit ihren Stadtbereichen bei.



**4. Erreichbarkeit der Innenstadt**

Entscheidende Voraussetzung für eine lebendige Innenstadt ist ihre Erreichbarkeit. Ziel einer Verkehrspolitik für Stadt und umgebendes Umland muß neben der Erhaltung der Wirtschaftskraft die Steigerung der Lebens- und Aufenthaltsqualität sein. Dies erfordert Stadtstrukturen und Verkehrskonzepte, die auf diese Ziele ausgerichtet sind und Mobilität fördern, nicht einschränken:

Zukunftsorientierte Verkehrspolitik für die Stadt bedeutet die Vernetzung aller Verkehrsträger zu einem System („Kooperatives Verkehrsmanagement“) in der Gesamtregion. Dazu ist ein attraktiver öffentlicher Personennahverkehr notwendig, der eine komfortable Nutzung (Preis, Service, Sicherheit, Taktzeiten) erlaubt. Die Innenstadt muß auch für Pkws als Teil des Gesamtsystems erreichbar bleiben; je mehr man sich dem Zentrum einer Stadt nähert, desto „öffentlicher“ sollte grundsätzlich jedoch der Verkehr werden.

● Dazu sind moderne P+R-Anlagen mit einer Einbindung in elektronische Verkehrsleitsysteme genauso erforderlich wie der bedarfsgerechte Ausbau der ÖV-Systeme.

● Der Einsatz von dynamischen Fahrgastinformationssystemen im Rahmen des verkehrsträgerübergreifenden kooperativen Verkehrsmanagements informiert den Nutzer über die Angebote der einzelnen Verkehrsträger und die aktuellen Fahrpläne.

● Die Einrichtung von Park-Management-Systemen reduziert den nicht notwendigen Park-Such-Verkehr und ermöglicht zusammen mit einer weiträumigen Parkraumbewirtschaftung die Durchsetzung einer für den Ballungsraum angepaßten Parkleitstrategie.

● Gleichzeitig muß die Innenstadt auch für den Individualverkehr erreichbar bleiben; eine Sperrung der Innenstädte für den Individualverkehr führt zur Verödung und verhindert lebendige Stadtentwicklung.

Verkehrsmanagementsysteme (wie z. B. vernetzte Ampelanlagen oder bedarfsgesteuerte Richtungsfahrbahnen) optimieren den Individualverkehr und gestatten so auch eine rationellere Abwicklung des notwendigen Wirtschaftsverkehrs.

● Güterverkehrsmanagement wird den Warenlieferverkehr rationeller gestalten.

**Wir dürfen in unserem Bemühen nicht nachlassen**

**Generalsekretär Peter Hintze erklärte zu den neuesten Arbeitsmarktzahlen:**

Trotz der leichten Entspannung zeigen die Daten aus Nürnberg, daß wir in unserem Bemühen um eine nachhaltige Belegung des Arbeitsmarktes nicht nachlassen dürfen. Deshalb müssen wir jetzt das Jahressteuergesetz 1997 und die im Bundesrat zustimmungspflichtigen

Teile des Programms für mehr Wachstum und Beschäftigung zügig verabschieden, damit die Wachstumsdynamik gestärkt wird. Nur so können wir Arbeitsplätze sichern und neue schaffen. Ich fordere die SPD auf, ihre Blockade gegen Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit aufzugeben und im Rahmen ihrer Länderverantwortung konstruktiv mitzuwirken.

# Betrachtung über Prognosen der Verkehrsentwicklung

**Prognosen der Verkehrsentwicklung sind wichtige Entscheidungshilfen der Verkehrspolitik, die als Tendenzaussagen verstanden werden und nicht als starre Vorgaben. Dabei ist auch aufschlußreich, wie sich die Verkehrszahlen im Vergleich zur Prognose entwickeln. Daß Prognosen schon in kurzer Zeit von der tatsächlichen Verkehrsentwicklung eingeholt bzw. übertroffen werden, ist kein Einzelfall.**

Prognosezahlen zur Entwicklung des Fluggastaufkommens auf dem Flughafen München belegen dies eindrucksvoll. Die Prognosen für den Änderungsplanfeststellungsbeschluß von 1984 gehen von einem Fluggastaufkommen

- im Jahre 1990 von 7,814 Mio Passagieren und
- im Jahre 2000 von 10,769 Mio Passagieren aus.

Tatsächlich jedoch übertreffen die Ist-Zahlen am Flughafen München die Prognosewerte um über 30 Prozent:

Die Ist-Zahlen am Flughafen München betragen

- 1990 11,424 Mio Passagiere (noch München-Riem)
- 1995 14,903 Mio Passagiere (neuer Flughafen).

Die aktuelle Verkehrserwartung für das Jahr 2000 geht von rund 20 Mio Passagieren aus, also fast 100 Prozent Steigerung gegenüber dem Prognosewert aus dem Jahre 1984.

Interessant ist auch ein Rückblick auf das erste französische Hochgeschwindigkeits-

projekt der Schiene. Hier hat sich auf der TGV-Strecke Paris-Lyon das Passagieraufkommen binnen 10 Jahren von 6,4 Mio im Jahr 1982 auf 20,1 Mio im Jahr 1992 mehr als verdreifacht.

Auch für den Transrapid wurde eine erste Prognose für das Verkehrsaufkommen zwischen den beiden Metropolregionen Hamburg und Berlin als Basis für die Wirtschaftlichkeitsbetrachtung aufgestellt. Berlin, künftiger Regierungssitz, Wirtschaftsstandort und Drehscheibe zum Osten, und der bereits heute wirtschaftsstarke Raum Hamburg werden zu einer Wirtschaftsregion zusammenwachsen. Vor diesem Hintergrund zeigen aktuelle Verkehrsprognosen, daß das Verkehrsaufkommen zwischen Berlin und Hamburg bis zum Jahr 2010 ganz erheblich ansteigen wird.

## Von Dirk Fischer und Renate Blank

Bezogen allein auf die Transrapid-Verbindung zwischen Hamburg und Berlin wurde in einer ersten 1993 erstellten Prognose ein Verkehrsaufkommen von 14,5 Mio Passagieren pro Jahr ermittelt. In einer zweiten ergänzenden Prognose auf gleicher methodischer Grundlage wurden im Relativvergleich zueinander optimale Haltepunktfolgen evaluiert. Eine dritte Prognose, methodisch völlig unabhängig von den beiden ersten, wird als Bestandteil einer ersten Wirtschaftlichkeitsuntersuchung (WU I) bis zum Jahresende 1996 erarbeitet werden.

## Verkehrsentwicklung auf dem Main-Donau-Kanal

Der positive Trend der Verkehrsentwicklung auf dem Main-Donau-Kanal hat auch 1995 angehalten. Die Zunahme betrug 7,2 Prozent insgesamt und 22,3 Prozent im Neuverkehr.

Diese positive Entwicklung wird auch durch die steigenden Transportleistungen auf dem Main und der Donau sowie Wechselverkehr zwischen Rhein und Donau unterstrichen.

Auf dem Main-Donau-Kanal wurden 1995 insgesamt 6,7 Mio Tonnen Güter befördert – das sind 7,2 Prozent mehr als im Vorjahr. Der Neuverkehr durch die Schleuse Kelheim (Transporte auf Relationen, die vor der Eröffnung des Kanals nicht möglich waren) erreichte mit 4,1 Mio Tonnen eine Verkehrszunahme von rund 22 Prozent.

Damit wurden im Jahr 1995 auf der Main-Donau-Kanal-Teilstrecke nördlich Nürnberg ca. 79 Prozent und südlich Nürnberg ca. 72 Prozent der für das Jahr 2010 prognostizierten Verkehrsmenge erreicht. Der positive Trend der Verkehrsentwicklung auf der Main-Donau-Verbindung hat somit auch 1995 angehalten.

36 Prozent des Neuverkehrs werden von Niederländern, insbesondere Partikulieren, transportiert, 47 Prozent von deutschen Schiffen, 8 Prozent von belgischen, 5 Prozent von österreichischen Schiffen, der Rest verteilt sich auf die anderen Flaggen des Rhein- und Donaubegebietes.

Der Güterfluß des Neuverkehrs geht mit 52 Prozent Richtung Donau und 48 Prozent Richtung Rhein, so daß die Schifffahrt am Ziel ihrer Reise oder auf der Rückreise überwiegend Rückfracht findet.

Die Güterarten teilen sich prozentual wie folgt auf:

- 25 Prozent Nahrungs- und Futtermittel,
- 16 Prozent Erze und Metallabfälle,
- 13 Prozent Eisen, Stahl und Nichteisenmetalle,
- 11 Prozent land- und forstwirtschaftliche Produkte,
- 10 Prozent Steine und Erde einschl. Baustoffe, Düngemittel und chemische Erzeugnisse.

Von geringer Bedeutung sind Mineralöl-erzeugnisse, Kohle wie Halb- und Fertigwaren (je 2 Prozent) und chemische Erzeugnisse (1 Prozent).

Der Containertransport entwickelte sich wie bereits im Vorjahr überdurchschnittlich gut. Zwischen dem Rheinstromgebiet und der Donau wurden rund 9 400 Container (Vorjahr 5 800) befördert; dies bedeutet einen Zuwachs von rund 63 Prozent.

Der Wechselverkehr zwischen Rhein und Donau entwickelte sich sehr gut und erreichte mit 3,6 Mio Tonnen ein um rund 26 Prozent besseres Ergebnis als im Vorjahr.

Die ungünstige Witterung im Frühjahr und der verregnete September führten bei der Fahrgastschifffahrt im Tagesausflugsverkehr zur Stagnation bzw. zu einem leichten Rückgang der Personenbeförderung. Bei den Kreuzfahrten mit Fahrgastkabinenschiffen hingegen konnte über den Main-Donau-Kanal eine Steigerung von rund 30 Prozent der Schiffsbewegungen festgestellt werden.

Das Verkehrsaufkommen auf der deutschen Donau stieg gegenüber dem Vorjahreszeitraum um rund 23 Prozent und erreichte 6,7 Mio Tonnen. Hiervon sind 4,9 Mio Tonnen grenzüberschreitender Verkehr an der Schleuse Jochenstein (plus 30 Prozent). Davon entfallen auf den Wechselverkehr (Deutschland-Ausland) rund 60 Prozent, auf den Transitverkehr (durch Deutschland) rund 40 Prozent. ■

# Projekt zur Unterstützung ehrenamtlicher Betreuer zeigt großen Bedarf

**Viele geistig behinderte, psychisch kranke oder altersverwirrte Menschen brauchen einen vom Vormundschaftsgericht bestellten Betreuer (früher: Vormund), der ihre Rechte wahrnimmt, Behörden-gänge erledigt und finanzielle Angelegenheiten regelt. Diese Aufgabe wird meistens von ehrenamtlichen Betreuern übernommen, in 65 Prozent aller Betreuungsfälle von Familienangehörigen.**

Voraussetzung dafür ist allerdings, daß die ehrenamtlichen Betreuer mit ihren Problemen nicht allein gelassen werden, sondern Angebote bekommen, sich für ihr Ehrenamt kompetent zu machen und sich bei auftretenden Schwierigkeiten professionelle Hilfe holen zu können. Dies ist für berufliche Helfer eine Aufgabe, die viel Erfahrung und Sensibilität erfordert. Das Bundesministerium für Gesundheit hat deshalb von 1991 bis 1995 „Modellmaßnahmen zur Förderung der ehrenamtlichen Tätigkeit im Betreuungswesen“ mit insgesamt 5 Mio. DM gefördert.

Durch das Projekt sollten die Möglichkeiten und Grenzen der Förderung ehrenamtlicher Betreuung praktisch erprobt und systematisch ausgewertet werden. Von 10 Teilprojekträgern (Kommunen, Wohlfahrtsverbände, freie Vereine) wurden hierzu an zehn verschiedenen Orten Förderstellen im Betreuungswesen eingerichtet (vier in den neuen und sechs in den alten Ländern, fünf städtische, fünf ländliche Gebiete).

Die Förderstellen haben u. a. folgende Maßnahmen durchgeführt:

- Gewinnung und Motivierung von ehrenamtlichen Betreuern,
- Schulung und Fortbildung von ehrenamtlichen Betreuern sowie deren kontinuierliche Unterstützung und Entlastung.
- Angebote zum Krisenmanagement und bei unerwarteten Problemen in Entscheidungssituationen sowie
- Bereitstellung von Materialien für die Öffentlichkeitsarbeit.

Als besonders hilfreich für die praktische Arbeit haben sich Informationsblätter erwiesen, die kurz und verständlich häufig wiederkehrende Einzelfragen zu praktischen Problemen bei der Betreuung beantworten. Sie wurden in mehreren Auflagen gedruckt und Behörden, Vereinen und Vormundschaftsgerichten kostenlos zur Verfügung gestellt. Die Nachfrage überstieg die Erwartungen bei weitem. Deshalb werden die Informationsblätter jetzt vom Bundesministerium für Gesundheit in einer aktualisierten Fassung neu aufgelegt und sind Anfang 1997 wieder verfügbar.

**Der Abschlußbericht zum Projekt ist unter dem Titel „Modellmaßnahmen zur Förderung der ehrenamtlichen Tätigkeit im Betreuungswesen“ in der Schriftenreihe des Bundesministeriums für Gesundheit, Band 72, erschienen. Er kostet 95 DM und kann über die NOMOS-Verlagsgesellschaft, Waldseestraße 3-5, 76484 Baden-Baden oder über den Buchhandel bezogen werden.**

## Broschüre „Wohngeld“ in 38. Auflage erschienen

Die Broschüre „Wohngeld“ liegt jetzt in der achtunddreißigsten Auflage vor. Sie informiert darüber, ob und wie man Wohngeld erhalten kann.

Seit über 30 Jahren schon hilft das Wohngeld Mietern und Inhabern von Eigenheimen oder Eigentumswohnungen, die Wohnkosten zu tragen. Das Wohngeld wird je zur Hälfte vom Bund und von den Ländern bezahlt. Im Durchschnitt senkt das Wohngeld die selbst zu tragende Miete um mehr als 30 Prozent.

Gerade in einer Zeit, in der es nicht überall genügend Wohnungen gibt, ist die soziale Absicherung des Wohnens durch das Wohngeld besonders wichtig. Es hilft allen Haushalten, deren Einkommen nicht ausreicht, um sich selber eine angemessene Wohnung zu besorgen. Dabei wird es in jedem Einzelfall auf die individuelle Situation der Haushalte zugeschnitten. So erhöht sich das Wohngeld, wenn z. B. die Kinderzahl steigt oder wenn das Einkommen wegen Arbeitslosigkeit sinkt. Auch

Mietsteigerungen können durch das Wohngeld tragbarer werden.

Auf Wohngeld besteht ein Rechtsanspruch. Jeder, der die Voraussetzungen erfüllt, sollte seinen Anspruch geltend machen. Die Höhe des Wohngeldes hängt ab vom Familieneinkommen, von der monatlichen Miete bzw. Belastung und von der Zahl der Familienmitglieder. Dabei werden kinderreiche Familien stärker begünstigt als kleinere Haushalte.

**Die Broschüre „Wohngeld“ ist kostenfrei erhältlich beim Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, 53105 Bonn. Sie kann außerdem abgerufen werden über:**

- Internet:  
<http://www.bundesregierung.de>
- T-Online: Bundesregierung#
- CompuServe: Deutschland InfoForum: go infogermany
- Tel. (rund um die Uhr):  
0 18 05/22-1996 allgemein,  
-1999 Euro-Infoline
- Fax 0 18 05/22-1997

## Ein Sieg der Vernunft

Zur Einigung bei den sogenannten Kommunalen Altschulden in den neuen Ländern erklärte der Sprecher der ostdeutschen Unionsabgeordneten und stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Paul Krüger:

Der Kompromiß ist ein Sieg der Vernunft. Die jetzt gefundene Lösung schafft endlich Rechtsklarheit für alle Beteiligten, ermöglicht eine gerechte Lastenverteilung und läßt die notwendige weitere Bundesfi-

nanzierung für den Aufbau Ost unangetastet.

Die von der Gruppe der ostdeutschen CDU-Bundestagsabgeordneten von Anfang verfochtene vermittelnde Linie hat sich damit in vollem Umfang durchgesetzt. Bedauerlich bleibt allerdings, daß dieser schon 1995 zum Greifen nahe gewesene Kompromiß durch den zwischenzeitlichen parteitaktischen Schwenk der Landesregierung in Magdeburg unnötigerweise um ein ganzes Jahr verzögert wurde. ■

# Sommeraktionen der Kreisverbände

## Vom Bierfest bis zur Information über Sonnenenergie

**Viele Kreisverbände führten in den Sommermonaten Sommerfeste oder andere gesellige Aktivitäten durch, nutzen aber auch die nachrichtenarme Zeit für politische Aktionen. Folgende Kreisverbände haben der Bundesgeschäftsstelle Berichte geschickt:**

Der Kreisverband **Stendal** feierte gemeinsam mit der CDU-Kreistagsfraktion einen Sommernachtsball. Über 300 Gäste kamen zum Veranstaltungsort – einer Reithalle in Krusemark. Vorführungen der Jugendgruppe des Reitsportvereins, Zauberkünstler und plattdeutsche Beiträge von Mitgliedern der Senioren-Union unterhielten die Gäste.

Im CDU-Kreisverband **Groß-Gerau** bereiste die CDU-Kreistagsfraktion in den Sommerferien die Städte und Gemeinden des Kreises, um sich an Ort und Stelle über Probleme der Gemeinden zu informieren. Bei der Bereisung wurden die verschiedensten aktuellen Probleme angesprochen: unter anderem Baumaßnahmen, Verkehrsverbindungen, Aufforstung, Lärmbelästigungen sowie soziale Probleme. Da der Sommer oftmals eine nachrichtenarme Zeit ist, hat die Kreistagsfraktion mit ihrer Informationsreise ein großes Presseecho erzielt. In der Zeit vom 25. 7. bis 24. 8. 1996 erschienen 34 Artikel über die Kreisbereisung in den Lokalzeitungen.

Die drei CDU-Kreisverbände **Halle, Saalkreis und Köthen** führten im Juni ein „Sattelfest“ durch. Radler aus den drei Kreisverbänden starteten morgens um 9.00 Uhr zu einer Sternfahrt auf den Petersberg im Saalkreis. Die Fahrtstrecke betrug ca. 25 km aus allen Richtungen. Auf

dem Petersberg fand anschließend ein buntes ganztägiges Treffen mit vielen Attraktionen, vor allem für die Kinder, statt. Es wurde aber auch politisch diskutiert, unter anderem mit dem Vorsitzenden der CDU-Landtagsfraktion Sachsen-Anhalt, Christoph Bergner. Auch viele parteilose Bürgerinnen und Bürger kamen auf den Petersberg. An einem Stand warben CDU-Mitglieder mit einer Unterschriftensammlung für den Bau der Autobahn A 14 in Richtung Magdeburg, die zugleich als Süd/West-Umgehung von Halle einen großen Teil des Durchgangsverkehrs aus dieser Stadt herausnehmen soll.

## Partei aktiv

Unter dem Motto „Auf in den Familiensommer“ führte der CDU-Kreisverband **Ostalb** vom 29. 8. bis 2. 9. 1996 Sommeraktionstage durch, zu denen alle Bürgerinnen und Bürger der Region herzlich eingeladen waren. Neben Sommerfesten in verschiedenen Gemeinden fanden statt:

- Gespräche auf dem Bauernhof
- Aalener Solartage
- Familienwanderung auf die Kapfenburg
- Forum Tourismus und Fremdenverkehr in der Region Ostwürttemberg
- Besichtigung des Kinderdorfes „Marienpflege“ in Ellwangen und anschließend Diskussion
- Frauenfrühstück
- Betriebsbesichtigung bei der Firma Gebrüder Leitz in Oberkochen
- Seniorenveranstaltung zum Thema „EURO“.

Der Kreisverband konnte 36 Presseartikel über die Sommeraktionstage registrieren. ■

# CDU Bremen zieht eine positive Bilanz nach einjähriger Regierungsbeteiligung

Die CDU im Bundesland Bremen zieht nach der einjährigen Regierungsbeteiligung eine positive Bilanz. Im Rahmen einer breit angelegten „Herbstaktion“ zeigten die Christdemokraten im kleinsten Bundesland die Erfolge und Perspektiven der CDU-Regierungspolitik auf. Zur Erinnerung: Seit Sommer des letzten Jahres stellt die CDU gemeinsam mit der gleich starken SPD den Senat, die Landesregierung.

Den Abschluß der Herbstaktion bildete ein außerordentlicher Landesparteitag. CDU-Landeschef Staatssekretär Bernd Neumann nutzte in seiner programmatischen Rede das Delegiertentreffen zu einer politischen Standortbestimmung. Zwar habe die CDU bei ihrem Regierungseintritt eine große Erblast vorgefunden, trotzdem sei es gelungen, in zentralen Bereichen wichtige Fortschritte zu erzielen. So seien mit dem Verkauf landeseigener Gesellschaften ordnungspolitische Vorstellungen der CDU verwirklicht worden. In der Bildungspolitik habe die CDU mit Blick auf mehr Bildungsvielfalt Erfolge zu verzeichnen. Für die verbleibenden fast drei Jahre dieser Legislaturperiode kündigte Bernd Neumann weiterhin einen fairen Umgang mit dem Koalitionspartner SPD an, er ließ allerdings keinen Zweifel daran, daß die CDU aus der nächsten Wahl als stärkste Partei hervorgehen wolle und die Chancen dafür gut stehen würden.

Im Mittelpunkt des Programmparteitages stand die Debatte über zentrale bremische

Landesthemen. Ausgangspunkt der Diskussionen und Anträge war eine Bürgerbefragung. Im September hatte die CDU bei ihren Veranstaltungen und Canvassing-Ständen Fragebögen verteilt und mit zehn Fragen die Meinung der Bevölkerung zu wichtigen Landesthemen abgefragt. Bei der Auswertung der Ergebnisse wurde deutlich, daß die Bevölkerung die Politik der CDU unterstützt. Besonders hohe Zustimmungsraten erhielt die CDU-Politik bei der Wirtschaftspolitik, der von den Christdemokraten geforderten Verlängerung der Beamten- und Lehrerarbeitszeit sowie der Bildungspolitik.

## Hohe Zustimmungsraten

So stimmten die Befragten mit der CDU überein, daß der Abbau des Unterrichtsausfalls ein vorrangiges Ziel sein müsse. Ferner müßten die Leistungsanforderungen erhöht werden. Unterstützung erhielt die CDU auch für ihre Politik für die innere Sicherheit. Weitere Fragen berührten die Themen Finanzen und Arbeitsmarktpolitik. So sollten die Bonner Finanzmittel für die Sanierung der Landesfinanzen für finanz- und wirtschaftsstärkende Investitionen und zur Schuldentilgung eingesetzt werden. In Übereinstimmung mit der CDU sprach sich eine große Mehrheit für eine offensive Mittelstandsförderung aus. An der Fragebogenaktion beteiligten sich über 2000 Bürger.

**Unsere  
Elektronischen  
Adressen:**

● INTERNET

<http://www.cdu.de>

● T-ONLINE

\*CDU#

● X 400

c= de; a = dbp;

p = cdu; s = bund

# Die Senioren-Union sagt Ja zum Dialog zwischen den Generationen

„In politischen Diskussionen wird zuweilen der Eindruck erweckt, ein Diskussionsbeitrag sei schon das verabschiedete Gesetz.“ Der Parteivorsitzende, Bundeskanzler Helmut Kohl, hatte in seinem Grußwort an die 6. Bundesdelegiertenversammlung der Senioren-Union, die am 4. und 5. Oktober in der Heidelberger Stadthalle tagte, vorsorglich an den Unterschied zwischen politischer Willensbildung und Beschlußfassung erinnert und daran die Bitte geknüpft, „sich von . . . öffentlichen Erörterungen nicht beeindrucken und erst recht nicht verunsichern zu lassen“.

Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Schäuble, stellte in seiner Rede vor den Delegierten auch in der Sache klar: Heutige Rentner sind von der Diskussion über eine künftige Rentenbesteuerung nicht betroffen. Eine solche Regelung ist im Zusammenhang mit den Ergebnissen der Beratungen der Kommission zur Weiterentwicklung der sozialen Sicherungssysteme zu entscheiden. Und sollte eine Entscheidung für eine Rentenbesteuerung über die heutige Regelung hinaus fallen, wird es lange Übergangszeiten geben.

Mit stehenden Ovationen feierten die Delegierten Wolfgang Schäuble, und nicht nur einmal wurde der Wunsch laut, dessen Rede noch einmal Wort für Wort nachlesen zu können. Einhellig war die Meinung, daß es dem Fraktionsvorsitzenden glänzend gelungen sei, vor allem in den steuerpolitischen Passagen Sachverhalte der geplanten Steuerreform verständlich zu machen, die kaum einem bisher geläufig waren.

Mit großem Beifall bestätigten die Delegierten auch Ministerpräsident Erwin Teufel und Bundesbildungsminister Jürgen Rüttgers, mit ihren Ausführungen vor allem zu Wissen und Wissenschaft, Bildung, Ausbildung und Weiterbildung die richtigen Themen getroffen zu haben.

„Ich setze auf die Köpfe der Menschen“, sagte Erwin Teufel und nannte „Geist und Wissen“ als wichtigste Ressourcen. Um die Wettbewerbsfähigkeit der Bundesrepublik zu sichern, können jedenfalls nicht die Billiglöhne der Billiglöhnländer unterboten werden. In Grund- und Weiterbildung, solider Wissensvermittlung an den Schulen, in der beruflichen Bildung liegen unsere Chancen, und die beste Versicherung gegen Arbeitslosigkeit – so der baden-württembergische Ministerpräsident – ist immer noch die abgeschlossene Berufsausbildung.

**Bernhard Worms  
mit großer Mehrheit  
wiedergewählt**

Allein mit hochwertigen Produkten, die teuer verkauft werden können, kann sich die heimische Wirtschaft auf den Märkten behaupten, betonte auch Bundesbildungsminister Jürgen Rüttgers und forderte eine konsequente Politik für Innovation, Technologie und Forschung.

Rüttgers plädierte vehementer noch als Teufel für Verbesserungen und Strukturveränderungen in der Schule, bei der Berufsausbildung und in den Hochschulen.



*Unser gemeinsames Ziel muß es bleiben, neue Formen der Solidarität zwischen jung und alt auch außerhalb der Familien aufzubauen und sie auch innerhalb der älteren Generation zu verstärken. Neue Gemeinschaftsstrukturen, neue Lebens- und Wohnformen mit angepaßten Hilfe- und Pflegemöglichkeiten zu entwickeln und anzubieten, das sind ganz konkrete Aufgaben, vor denen wir jetzt stehen.*

**Bundesseniorenministerin Claudia Nolte in ihrem Grußwort an die 6. Bundesdelegiertenversammlung der Senioren-Union**

Angesichts geburtenstarker Jahrgänge, so Rüttgers, sei es völlig falsch, keine neuen Lehrer einzustellen. Vergrößerung der Klassen löse die Probleme nicht.

Erneut sprach sich Jürgen Rüttgers gegen Studiengebühren aus. Ob jemand studieren könne oder nicht, sollte nicht vom Geld der Eltern abhängig sein. Außerdem dürfe man auch nicht glauben, daß die zusätzlichen Mittel an die Hochschulen gingen. Jeder Finanzminister würde sie selbstverständlich für sich vereinnahmen.

## Studienführer für Senioren

Schließlich erinnerte der Bundesbildungsminister an den ersten Studienführer für Senioren, den sein Ministerium erst vor wenigen Wochen veröffentlicht hat (siehe UId 29/1996), und forderte die Delegierten in Heidelberg dazu auf, von den Möglichkeiten eines Senioren-Studiums Gebrauch zu machen. Viele nützliche Tips und Informationen sind dazu gedacht, noch mehr Senioren als heute schon auf den Geschmack zu bringen, in die Universitäten zumindest einmal hineinzuschnuppern.

Nur acht Jahre nach ihrer Gründung, so Bernhard Worms, Bundesvorsitzender der Senioren-Union, in seinem Bericht an die Bundesdelegiertenversammlung, stellt sich die Senioren-Union – „organisatorisch gefestigt“ – als eine Vereinigung der CDU dar, die sich wachsenden Zuspruchs erfreut. Und auf der soliden Basis von 57.000 Mitgliedern ist es deshalb auch nicht übertrieben optimistisch, als längerfristiges Ziel der Mitgliederentwicklung die 100.000 anzustreben.

„Steigender politischer Einfluß“ bedeutet diese Entwicklung, die sich auch in den neuen Bundesländern feststellen läßt.

„Mitarbeiten – Mitentscheiden – Mitverantworten“ (so das Motto der 6. Bundesdelegiertenversammlung) ist also kein Anspruch mehr, den die Senioren in der CDU erheben, sondern eine Aufgabe, von der sie sich inzwischen nicht mehr frei machen können.

## Politik auf allen Feldern

„Senioren-Politik ist Politik in allen Politikfeldern“, darauf wies in diesem Zusammenhang der Bundesvorsitzende noch einmal hin und bot die Vereinigung als Partner für „den Dialog mit allen gesellschaftlichen Gruppen“ an: der Wirtschaft, der Wissenschaft und der Politik.

Um aber für diesen Dialog gewappnet zu sein, so Bernhard Worms, hat der Bundesvorstand die Diskussion über ein Grundsatzpapier der Senioren-Union auf den Weg gebracht: „Mit der Heidelberger Erklärung wollen wir heute diesen Diskussionsprozeß fortsetzen. Nur wenn wir wissen, was wir wollen, haben wir die dazu nötige Orientierung.“

Mit großer Mehrheit haben die Delegierten die Präambel zur „Heidelberger Erklärung“ am Schlußtag der Versammlung angenommen. Sie ist die Grundlage für

## Ergebnisse der Wahlen des neuen Bundesvorstands der Senioren-Union

### Bundesvorsitzender:

Bernhard Worms (NRW):  
358 Stimmen

### Stellvertreter:

Emil Fischer (Sachsen-Anhalt):  
317 Stimmen

Roswitha Verhülndonk  
(Rheinland-Pfalz): 312 Stimmen

Erika Reinhard (Baden-Württemberg):  
297 Stimmen

Otto Wulff (NRW): 240 Stimmen

Anton Teyssen (Niedersachsen):  
226 Stimmen

### Beisitzer:

Heinz Friz (Mecklenburg-  
Vorpommern): 307 Stimmen

Helma Schmitt (Rheinland-Pfalz):  
289 Stimmen

Stefanie Breme (Hamburg):  
283 Stimmen

Ulrich Kolbe (Schleswig-Holstein):  
280 Stimmen

Doraliaes Schrader (Hessen):  
278 Stimmen

Sieglinde Fedel (Hessen):  
266 Stimmen

Gerda Klocke (Baden-Württemberg):  
260 Stimmen

Ulrich Winz (Brandenburg):  
260 Stimmen

Alo Hauser (NRW): 251 Stimmen

Gerda Topp (Thüringen):  
251 Stimmen

Waltraud Mehling (Berlin):  
250 Stimmen

Werner Steinberg (Bremen):  
243 Stimmen

Elfriede Schütz (NRW): 231 Stimmen

Erich Kathmann (Oldenburg):  
220 Stimmen

Friedrich Mayer (Sachsen):  
220 Stimmen

Karl-Heinz Schröder (Oldenburg):  
211 Stimmen

Werner Gillen (NRW): 207 Stimmen

### Rechnungsprüfer:

Ingeborg Lühmann (Hamburg):  
165 Stimmen

Hans Schoppmeyer (NRW):  
160 Stimmen

### Schatzmeister:

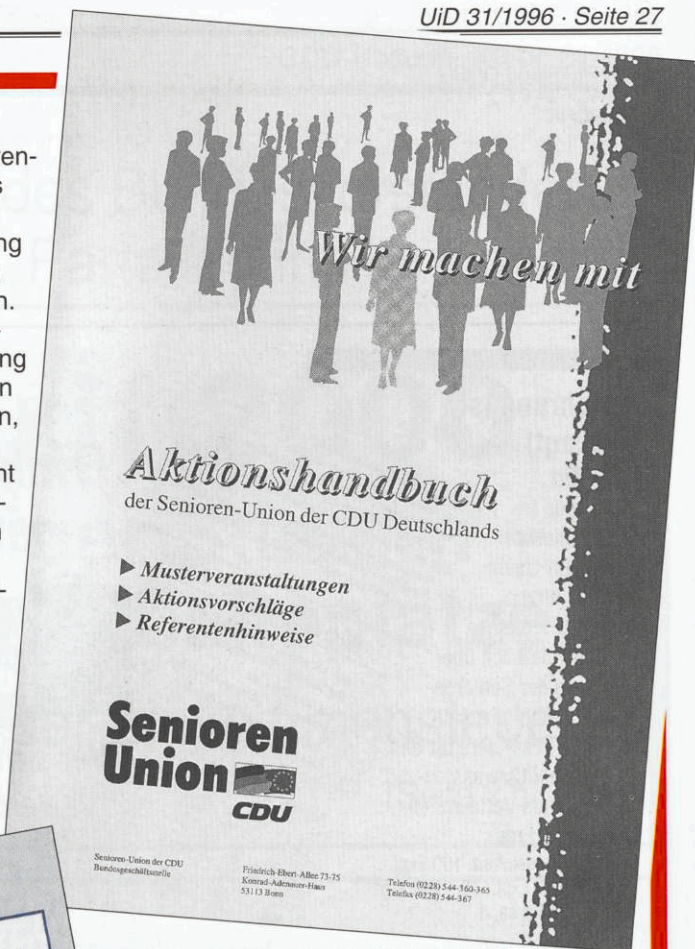
Günther Schacht (Saarland):  
354 Stimmen

die Erarbeitung einzelner Sachthemen, die in den nächsten zwei Jahren stattfinden soll, damit auf der Bundesdelegiertentagung 1998 schließlich das Grundsatzprogramm der Senioren-Union beschlossen werden kann.

Vornehmster Satz aus der Präambel: „Die Senioren-Union sagt Ja zum Dialog zwi-

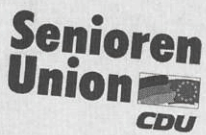
schen den Generationen. Wir sind bereit, unser Können und unser Wissen weiterhin einzubringen. Unser Engagement ist Teil unserer Solidarität mit der jungen Generation. Wir selbst haben viel eingebracht in Staat und Gesellschaft, und wir haben auch viel erhalten. Jetzt können wir etwas davon zurückgeben – mit dem Mehrwert unserer Erfahrung.“

Vor allem das Referentenverzeichnis aus dem Aktionshandbuch soll bei der Vorbereitung und Durchführung von Veranstaltungen helfen. Es enthält eine umfassende Themenauflistung sowie eine Vielzahl von Namen von Referenten, die für Ihre Veranstaltung vor Ort interessant sein könnten. Das Verzeichnis enthält neben den Anschriften auch die politische bzw. parlamentarische Funktion des jeweiligen Referenten sowie seine thematischen Schwerpunkte.



**Aktionshandbuch**  
der Senioren-Union der CDU Deutschlands

- ▶ Musterveranstaltungen
- ▶ Aktionsvorschläge
- ▶ Referentenhinweise



Senioren-Union der CDU  
Bundesgeschäftsstelle  
Friedrich-Ebert-Allee 73-75  
Konrad-Adenauer-Haus  
53113 Bonn  
Telefon (0228) 544-360-365  
Telefax (0228) 544-367



**Aktionsleitfaden**  
zum Thema  
**„Wohnen im Alter“**

Der Leitfaden gibt Einblick in Möglichkeiten der Wohngestaltung im Alter. Auch hier gilt wie bei allen anderen Anregungen auch: es sind Denkanstöße zum Umsetzen in die Praxis.

Bernhard Worms: Machen Sie sich und anderen die Freude, in das Thema „Wohnen im Alter“, einzusteigen und zukunftsweisende Ideen zu verwirklichen.

**Bestellungen an:** Senioren-Union der CDU  
Bundesgeschäftsstelle  
Friedrich-Ebert-Allee 73-75  
Konrad-Adenauer-Haus • 53113 Bonn  
Tel. (0228) 544-360 • Fax (0228) 544-367

UNION BETRIEBS GMBH  
POSTFACH 2449  
53014 BONN

## Erfahrung ist gefragt!

### Faltblatt

Das neue Info-Faltblatt der Senioren-Union gibt in kurzen Stichworten einen ersten Überblick über die Ziele der Senioren-Union und eignet sich deshalb besonders für den Einsatz bei Canvassingaktionen als Verteilmittel.

Bestell-Nr.: 2185  
Verpackungseinheit: 100 Expl.  
Preis je 100 Expl.: 13,- DM zzgl.  
MwSt und Versand

Bestellungen an:  
IS-Versandzentrum  
Postfach 1164, 33759 Versmold  
Fax: (0 54 23) 4 15 21

Die **Senioren-Union** wendet sich gegen alle Formen der Altersdiskriminierung. Neue Gesetze auf Landes- und Bundesebene sind darauf hin abzuwägen, ob sie Rechte von älteren Mitbürgern beschneiden. Die Senioren-Union ist Anwalt für diejenigen Senioren, die auf Hilfe und Unterstützung anderer angewiesen sind. Die Senioren-Union tritt für eine Gesellschaft ein, in der ältere Menschen ihr Leben in Würde und Mitarbeit gestalten können.

## Machen Sie mit!

**Ja!** Ich möchte über die Arbeit der Senioren Union informiert werden.

**Ja!** Ich möchte mit und trete der Senioren-Union bei.

**Ja!** Bitte übersenden Sie mir ein Antragsformular.

Name/Name

Adresse

PLZ/Ort

Telefon

(Ergänzt das Antragsform.

Senioren-Union.

Friedrich-Ebertstr.

Telefon: 02 28 / 5-

Telefax: 02 28 / 5-

## Erfahrung ist gefragt!



## Wer sich engagiert, verändert.

**Senioren Union**  **CDU**

# UiD

31/1996

**UNION IN DEUTSCHLAND** — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.  
**Für den Inhalt verantwortlich:** Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon (0228) 54 40, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel. (0228) 53 07-0, Telefax (0228) 53 07-118/119. **Vertrieb:** Tel. (0228) 53 07-1 89. **Verlagsleitung:** Bernd Proffittlich.  
**Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 56,- DM. Einzelpreis 1,50 DM. **Herstellung:** VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.